

## TERMINE

### Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

#### Gesetze / Verordnungen – Corona-Pandemie (laufende Verfahren)

##### **Viertes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite – zustimmungsfrei**

- Einführung einer bundesweit verbindlichen „Notbremse“ ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100 pro 100.000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen
- Bundesregierung wird ermächtigt, „Notbremse“ durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates, weiter auszugestalten – gekoppelt an die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch Deutschen Bundestag
- Ausweitung des Anspruchs auf Kinderkrankengeld von 20 auf 30 Tage bzw. 40 auf 60 Tage für Alleinerziehende pro Kind – für Alleinerziehende pro Kalenderjahr Anspruch auf 65 Tage (vorher 45) bzw. 130 Tage (vorher 90)

nach Verkündung	Inkrafttreten Regelungen zum Kinderkrankengeld treten rückwirkend zum 18.01.2021 in Kraft
16.04.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
16.04.2021	1. Lesung Bundestag
13.04.2021	Kabinettsbeschluss
13.04.2021	Referentenentwurf

##### **Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung**

- Verlängerung der Geltungsdauer der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung bis einschließlich 30.06.2021 – für Betriebe weiter verpflichtendes Angebot von Homeoffice, Bereitstellung hochwertiger Masken, Regelungen zur Vermeidung betriebsbedingter Personenkontakte etc.
- Für alle Betriebe in Deutschland wird die Verpflichtung eingeführt, allen in Präsenz arbeitenden Beschäftigten einmal wöchentlich ein Angebot für eine Testung zu unterbreiten.

nach Verkündung	Inkrafttreten
13.04.2021	Kabinettsbeschluss
13.04.2021	Referentenentwurf

##### **Verordnung zur Vergütung der Anwendung von monoklonalen Antikörpern (Monoklonale Antikörper-Verordnung – MAK-VO)**

- Behandlung SARS-CoV-2-Infizierter mit nicht zugelassenen, monoklonalen antikörperhaltigen Arzneimitteln (mAK) wird ermöglicht – Bund stellt mAK zur Verfügung, PEI gibt Kriterien für die Anwendung vor
- Einheitliche, pauschale Vergütung für die Leistungen der mAK für alle Kostenträger durch BMG festgelegt; Krankenfahrten für gesetzlich Krankenversicherte, die mit SARS-CoV-2 infiziert sind, müssen im Rahmen einer Behandlung mit mAK von Kassen generell übernommen werden

01.01.2021	Inkrafttreten (rückwirkend)
01.04.2021	Referentenentwurf

**Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Surveillanceverordnung**

- Pflicht zur Übermittlung des sequenzierungsbezogenen Pseudonyms an das RKI wird gestrichen.
- Ausnahme von der Übermittlungspflicht für aus Ringversuchen stammende Virusgenomsequenzen
- Anspruch auf Vergütung abhängig von Qualitätsprüfung durch RKI
- In Transparenzdaten wird Zahl der abgerechneten Fälle, die auf Ausbruchsuntersuchungen beruhen, aufgenommen.

nach Verkündung	Inkrafttreten
29.03.2021	Referentenentwurf

**Verordnung zur Verlängerung der Vereinbarungen zur wirtschaftlichen Sicherung der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen**

- Verlängerung der Regelungen zur coronabedingten Anpassung von Vereinbarungen der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und Krankenkassen bis zum 31.12.2021

Nach Verkündung	Inkrafttreten
15.03.2021	Referentenentwurf

**Weitere Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren)****Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung (Pflegerreformgesetz)**

- zustimmungspflichtig -

- Zeitlich und prozentual gestaffelte Begrenzung der Eigenanteile für stationär Pflegebedürftige – abhängig von der Dauer des Leistungsbezuges
- Bund zahlt an Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung ab 2022 jährlich 2,5 Mrd. Euro; Bund übernimmt Ausgaben der Pflegeversicherung für Rentenversicherungsbeiträge für Pflegenden (ca. 2,6 Mrd. Euro jährlich)
- GKV zahlt regelhaft für Kosten der medizinischen Behandlungspflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen jährlichen Pauschalbetrag (640 Mio. Euro) in Ausgleichsfonds der sozialen Pflegeversicherung.
- Verpflichtung der Bundesländer für monatlichen Zuschuss zu den Investitionskosten (100 Euro) für jeden vollstationär versorgten Pflegebedürftigen
- Einmalige Anhebung von Pflegeleistungen zum 01.07.2021 (ca. 1,8 Mrd. Euro) und ab 01.01.2023 jährlich um 1,5 % dynamisiert
- Neuer Leistungsanspruch Übergangspflege im Krankenhaus: Anspruch begrenzt auf zehn Tage je Krankenhausbehandlung

01.07.2021	geplantes Inkrafttreten
15.03.2021	Arbeitsentwurf

**Gesetz zur Zusammenführung von Krebsregisterdaten**

- zustimmungsfrei -

- Zusammenführung der klinischen und epidemiologischen Krebsregisterdaten beim Zentrum für Krebsregisterdaten (ZfKD) am RKI
- Veränderte Finanzierungsregelungen für Krankenkassen, Kopplung der Höhe der Krebsregisterfallpauschale an tatsächliche Erfüllung von Förderkriterien

25.06.2021	2. Durchgang Bundesrat
------------	------------------------

20.05.2021	2./3. Lesung Bundestag
15.04.2021	1. Lesung Bundestag
26.03.2021	1. Durchgang Bundesrat
10.02.2021	Kabinettsbeschluss
10.12.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege**  
**(Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz – DVPMG)**  
 – zustimmungsfrei –

- Elektronische Gesundheitskarte (eGK) ab 2023 kein Speichermedium mehr, sondern nur Identifikationsnachweis; Ablösung aller kartenbasierten Anwendungen auf der eGK, Integration weiterer Anwendungen in die elektronische Patientenakte (DiGA-Daten werden in ePA integriert) sowie Weiterentwicklung e-Rezept (Aufnahme der Rezeptdaten in die ePA, Grenzüberschreitende Nutzung des e-Rezepts)
- Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen
- Ausbau der Rolle der gematik: Herstellerzulassung (statt Produktzulassung) für TI-Komponenten, Finanzierung durch die Kassen in Höhe von 1,50 statt 1 Euro pro GKV-Mitglied ab 01.01.2022
- Gesetzliche Anerkennung von Solidargemeinschaften als anderweitige Absicherung im Krankheitsfall

28.05.2021	2. Durchgang Bundesrat
06.05.2021	2./3. Lesung Bundestag
14.04.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
25.03.2021	1. Lesung Bundestag
05.03.2021	1. Durchgang Bundesrat
20.01.2021	Kabinettsbeschluss
16.11.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung**  
**(Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG)**  
 – zustimmungsfrei –

- Verschärfung von Mindestmengenregelungen im Krankenhaus
- Stärkung von Qualitätsverträgen zwischen Kassen und Krankenhäusern, Verpflichtung für Krankenkassen ab 2022 Qualitätsverträge abzuschließen
- Bereinigung der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung aus dem TSVG
- Folgegutachten Morbi-RSA zu Auslandsversicherten und Krankengeld
- Ersteinschätzungsverfahren für die ambulante Notfallversorgung im Krankenhaus
- Einschränkung der Datenerhebung der Krankenkassen bei Arbeitsunfähigkeit
- Bundesweite Modellvorhaben zur Genomsequenzierung bei seltenen Erkrankungen

Nach Verkündung	Inkrafttreten
12.04.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
26.02.2021	1. Lesung Bundestag
12.02.2021	1. Durchgang Bundesrat
16.12.2020	Kabinettsbeschluss

23.10.2020	Referentenentwurf
------------	-------------------

#### **Verordnung zur Zulässigkeit von Werbemaßnahmen der Krankenkassen (Krankenkassen-Werbemaßnahmen-Verordnung – KKWerbeV)**

- Verbindliche Vorgaben für Werbemaßnahmen der Krankenkassen – Gemeinsame Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden zu großen Teilen in die Verordnung übernommen
- Ausgaben der Krankenkasse für Werbemaßnahmen dürfen im Haushaltsjahr 0,15 % der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 Absatz 1 SGB IV) je Mitglied nicht überschreiten.

Nach Verkündung	Inkrafttreten
02.12.2020	Referentenentwurf

### **Abgeschlossene Gesetze / Verordnungen – Corona-Pandemie**

#### **Gesetz zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen - zustimmungspflichtig -**

- Epidemische Notlage weiterhin in Kraft. Notwendige Überprüfung durch den Deutschen Bundestag mindestens alle drei Monate
- Wiederaufnahme einer Regelung zur Anpassung der ärztlichen Honorarverteilung, keine Erstattung entgangener Extrabudgetärer Leistungen
- Zuschuss an Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung (3 Mrd. Euro) zur Erstattung pandemiebedingter Kosten nach Zustimmung des Bundesfinanzministeriums möglich, wenn gesetzliches Betriebsmittel- und Rücklagesoll der Pflegekassen zu unterschritten werden droht

31.03.2021	Inkrafttreten
26.03.2021	Abschluss Bundesrat
04.03.2021	2./3. Lesung Bundestag
22.02.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
12.02.2021	1. Lesung Bundestag
09.02.2021	Gesetzentwurf der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD
02.02.2021	Formulierungshilfen

#### **Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser**

- Verlängerung der Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser und Rehaeinrichtungen bis 31.05.2021, Anspruchsberechtigung der Krankenhäuser wird angepasst
- Regelungen für einen Ganzjahreserlösausgleich: Erlösrückgänge im Jahr 2021 gegenüber 2019, die Krankenhäuser aufgrund Coronavirus-SARS-CoV-2 entstanden sind, können durch krankenhausindividuelle Verhandlungen der Vertragsparteien vor Ort anteilig ausgeglichen werden. Auch krankenhausindividueller Ausgleich von Erlösanstiegen im Jahr 2021 gegenüber dem Jahr 2019 möglich, wenn Erlösanstiege auf den Erhalt von Ausgleichszahlungen zurückzuführen sind.
- Krankenhaus kann beim Land unterjährige Abschlagszahlungen für Erlösausgleich beantragen.
- Zahlungsfrist von fünf Tagen für Krankenhausabrechnungen wird bis 31.12.2021 verlängert

09.04.2021	Inkrafttreten
------------	---------------

15.03.2021	Referentenentwurf
------------	-------------------

#### **Verordnung zur pauschalen Abgeltung erhöhter Kosten für Hygieneaufwendungen im Heilmittelbereich (Hygienepauschaleverordnung)**

- Abrechnungsmöglichkeit für Heilmittelerbringer der Hygienepauschale zulasten der GKV (1,50 Euro pro HM-Verordnung) wird für die Dauer der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite fortgeführt.

01.04.2021	Inkrafttreten
22.03.2021	Referentenentwurf

#### **Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaimpfV) – Neufassung**

- Beibehaltung der Impfpriorisierung
- Impfungen durch Impfzentren und mobile Impfteams, Arztpraxen, die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen, und an Impfzentrum angegliederte beauftragte Fachärzte für Arbeitsmedizin und Ärzte mit der Zusatzbezeichnung „Betriebsmedizin“, beauftragte überbetriebliche Dienste von Betriebsärzten und beauftragte Arztpraxen, die nicht an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen
- Apotheken und Großhandel als Impfstoff-Lieferanten für Arztpraxen

01.04.2021	Inkrafttreten
19.03.2021	Referentenentwurf

#### **Fünfte Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Schutzverordnung**

- Verlängerung des Beförderungsverbots für Einreisende aus Virusvarianten-Gebieten bis 28.04.2021

14.04.2021	Inkrafttreten
13.04.2021	Referentenentwurf

#### **Erste Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Einreiseverordnung**

- Testpflicht für Einreisende im Luftverkehr vor Abreise – zunächst spätestens bis zum 12. Mai 2021 befristet

30.03.2021	Inkrafttreten
24.03.2021	Referentenentwurf

#### **Abgeschlossene weitere Gesetzgebungsverfahren, zum Teil späteres Inkrafttreten**

#### **Gesetz zur Einführung einer Identifikationsnummer in die öffentliche Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze**

##### **(Registermodernisierungsgesetz – RegMoG)**

- zustimmungspflichtig -

- Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- Einführung einer Identifikationsnummer für die öffentliche Verwaltung – Einbezug der Versichertenverzeichnisse der Kranken- und Pflegekassen

07.04.2021	Inkrafttreten
------------	---------------

05.03.2021	2. Durchgang Bundesrat
28.01.2021	2./3. Lesung Bundestag
19.11.2020	1. Lesung Bundestag
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
31.07.2020	Referentenentwurf

### **Gesetz zur Anpassung des Medizinprodukterechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746**

#### **(Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz – MPEUAnpG)**

- zustimmungspflichtig - besonders eilbedürftig

- Überwachung von Medizinprodukten künftig auf Bundesebene durch BfArM und PEI
- Errichtung und Betrieb zentrales Medizinprodukteinformations- und Datenbanksystem durch DIMDI
- Einführung neuer Aufsichtsmittel und Schiedsverfahren in der Hilfsmittelversorgung
- Verschiebung des Inkrafttretens der nationalen Regelungen zur EU- Medizinprodukte-Verordnung aus dem Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz

26.05.2021	Inkrafttreten des Gesetzes
Am Tag nach Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	Inkrafttreten der Regelungen zu Schiedsverfahren im Hilfsmittelbereich
27.03.2020	2. Durchgang Bundesrat
05.03.2020	2./3. Lesung Bundestag
04.03.2020	Abschluss im Gesundheitsausschuss
15.01.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
20.12.2019	1. Durchgang Bundesrat
19.12.2019	1. Lesung Bundestag
06.11.2019	Kabinettsbeschluss
25.09.2019	Verbändeanhörung BMG
29.08.2019	Referentenentwurf

### **Gesetz über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten (ATA) und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten (OTA)**

- zustimmungspflichtig -

- Bundeseinheitlich geregelte Ausbildung der Anästhesie- und Operationstechnischen Assistentinnen und Assistenten, Vernetzung von theoretischem und praktischem Unterricht mit der praktischen Ausbildung

01.01.2022	Inkrafttreten
29.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
07.11.2019	2./3. Lesung Bundestag

21.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
26.06.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf

### Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze (MTA-Reform-Gesetz)

- zustimmungspflichtig -

- Modernisierung der Ausbildungen zum Medizinisch-Technischen-Assistenten und Anpassung an EU-Recht, Abschaffung des Schulgelds für MTA
- Rechtssicherheit für Notfallsanitäter in der Berufsausübung

01.01.2023	Inkrafttreten
12.02.2021	2. Durchgang Bundesrat
28.01.2021	2./3. Lesung Bundestag
16.12.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
25.11.2020	1. Lesung Bundestag
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
25.08.2020	Verbändeanhörung BMG
31.07.2020	Referentenentwurf